



EINKOMMEN

Wenn vom Weihnachtsgeld fast nur die Hälfte übrig bleibt – Geduld ist nicht unendlich!

Von Josef Schneider, Landesvorsitzender der GdP

Ende November, Anfang Dezember war in den Medien zu lesen, dass die Rentenversicherungsträger zur pünktlichen Auszahlung der Renten einen Kredit der Bundesregierung in Höhe von 900 Mio. Euro benötigen. Dies ist auch eine Folge davon, dass viele Beschäftigte in unserem Land kein Weihnachtsgeld mehr erhalten. Denn weniger Lohn auf den Konten der ArbeitnehmerInnen bedeutet auch weniger Geld in den Sozialkassen, auch in den Kassen der Rentenversicherungsträger – und natürlich auch weniger Steuereinnahmen.

Warum dieses Thema? Weil wir Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gerade in Deutschland den Versuch unternehmen, die Bundesländer in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur Übernahme des mit dem Bund und den Kommunen vereinbarten TVöD zu bewegen.

Folgen von Kürzungen

Bockelhart zeigt sich die Front der Länder. Ohne Arbeitszeitverlängerung und Kürzung des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes will man nicht abschließen. Man muss sich da nicht wirklich fragen, ob es Sinn macht, den ArbeitnehmerInnen der Länder die Sonderzuwendungen zu kürzen oder ganz wegzunehmen? Am konkreten Beispiel lässt sich am besten erkennen, welche Folgen Kürzungen beim Weihnachtsgeld haben werden. Wer zum Beispiel im Dezember 2005 ein Weihnachtsgeld von 2281 Euro (brutto) auf seinem Gehaltszettel zur Kenntnis nehmen durfte, der konnte es nicht glauben, dass davon ganze 1330 Euro auf seinem Konto angekommen sind! Wo ist der Rest? Mehr als die Hälfte davon hat der Fiskus einbehalten, immer-

hin 236 Euro die Rentenversicherung. Auch die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung profitierten natürlich von dieser Sonderzahlung. Diese Einnahmen würden also deutlich sinken, wenn das Weihnachtsgeld gekürzt würde. Das Gleiche gilt natürlich auch für das Vorhaben, wie bei den BeamtInnen das Urlaubsgeld gleich ganz zu streichen.

Sparen sollen immer die „Kleinen“

Ob das den Menschen bewusst ist, die jetzt dauernd versuchen, die öffentliche Meinung so zu gestalten, dass das Land als Arbeitgeber ohne diese Kürzungen keinen verfassungsmäßigen Haushalt gestalten kann? Ob diese Menschen wissen, mit welchem (Netto-)Einkommen unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen auskommen müssen. Dass der TVöD für die Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen auch einen kleinen Beitrag dazu leistet, die gewaltig gestiegenen Lebenshaltungskosten zu bestreiten, darf nicht ohne Erwähnung bleiben. Strom, Gas, Wasser, Heizöl und Benzin kosten für alle Menschen im Land das Gleiche? Oder doch nicht?



Josef Schneider

Manchmal hat man den Eindruck, dass die „Großen“ gar nicht wissen, was das kostet. Es gab ja auch schon Fälle, da bekamen die besondere Rabatte für ihren Strom. Manche Besitzer von Dienstwagen werden auch nicht recht wissen, wie der aktuelle Benzin- oder Dieselpreis gerade ist. Sparen sollen halt immer die „Kleinen“. Von denen gibt es ja viele und dann kommen da schöne Summen zusammen.

Neidsteuer

Alle anderen Forderungen werden ja zurzeit immer gleich in die Kategorie „Neidsteuer“ eingestuft. Ob diesen Menschen bewusst ist, dass die Beschäftigten des Landes auf Dauer nicht ohne lineare Er-

höhungen ihrer Einkommen brav weiter arbeiten werden?

Schluck aus der Pulle

Da will ich auch die BeamtInnen nicht ausnehmen? Unsere Kolleginnen und Kollegen in A 7 und A 8 brauchen zumindest da „einen Schluck aus der Pulle“, wenn man ihnen weiter die leistungsgerechte Bezahlung verweigert und keine Beförderungstellen zur Verfügung stellt. Es wird höchste Zeit, den TVöD für die Beschäftigten des Landes zu übernehmen und in logischer Folge die dort ausgehandelten Einmalzahlungen auf die BeamtInnen zu übertragen. Auch der öffentliche Dienst wird im März zu den Wahlen gehen.

josch



GdP-Landesvorsitzender bei der SPD

Zu einem intensiven Meinungsaustausch trafen sich die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt und der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider. An dem Gespräch nahm auch der Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion Günter Fischer teil.

Neben aktuellen landespolitischen Themen, wie der dramatischen Beförderungssituation der Polizei im mittleren Dienst und Zusammenbruch des sog. Nichtvollzugskonzepts der Landesre-

gierung standen natürlich auch die Fragen auf der Tagesordnung, die sich für die Polizeibeschäftigten aus den Vereinbarungen zur Bildung der großen Koalition auf Bundesebene ergeben. Der GdP-Landesvorsitzende hat in diesem Gespräch besonders darauf hingewiesen, „dass wir kein Verständnis für die Entscheidung aufbringen können, das Besoldungs- und Versorgungsrecht ohne jede bundesgesetzliche Vorgaben auf die Länder zu übertragen“.

Am Ende des Gesprächs war man sich einig, dass die bisherigen Kontakte zwischen SPD und GdP dazu genutzt werden sollen, um sich auf die neue Situation einzustellen. Einigkeit konnte auch darüber erzielt werden, dass sich die SPD auch in Zukunft für die



V. l. n. r.: Günter Fischer, Polizeisprecher SPD, Ute Vogt, SPD-Landesvorsitzende, Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Schaffung eines Lehrberufs „Polizeifachangestellte“ zur Verbesserung der Eingruppierung und zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes von „polizeifrem-

den“ Aufgaben einsetzen wird. Einvernehmen bestand auch in der Forderung, die Einstellungszahlen in die Polizei deutlich zu erhöhen.

Wosch



Ausgabe:

Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
 Telefon (0 70 42) 8 79-0
 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
 E-Mail-Adresse:
 info@gdp-bw.de
 Internet: http://www.gdp-bw.de

Sozialwerk der Polizei:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
 Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
 E-Mail-Adresse:
 info@psw-reisen.com
 Internet: http://www.psw-reisen.com

Redaktion:

Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
 Bezirkspersonalrat der Polizei,
 Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
 Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
 privat: (0 71 71) 6 13 85
 Telefax: (0 71 71) 6 95 26
 E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Forststraße 3 a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 90
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Anzeigenleiter: Daniel Dias
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

KREISGRUPPEN BERICHTEN

JH Kreisgruppe AföO Stuttgart

Am 17.11.2005 fand unsere Jahreshauptversammlung des Amts für öffentliche Ordnung im Blockhaus in Stuttgart statt. Wir konnten diesmal erfreulich viele Mitglieder bei unserer Versammlung begrüßen. Dies zeigte uns, dass bei unseren Mitgliedern ein großes Interesse an der Neuwahl des Vorstandes bestand. Wiedergewählt mit fast 100 Prozent wurden in den Vorstand:

- Kreisgruppenvorsitzende Karen Rath,
- Kassiererin Roswitha Gratz-Mattauch,
- Jürgen Weiß als Beisitzer für den „Feldschutz“
- Susanne Pavkovic als Kassenprüferin.

Neu im Vorstand konnten wir Jörg Schuster als Stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden, Cora Chimaras als Schriftführerin, Michael de la Vigne als Beisitzer für das Veranstaltungsma-

nagement und Sylvia Benz als 2. Kassenprüferin begrüßen.

Nachdem der gewerkschaftliche Teil erfolgt war, saßen wir bis

in die späten Abendstunden noch gemütlich im Blockhaus zusammen.

Karen Rath



Der neue Vorstand der KG AföO Stuttgart, v. l. n. r.: vorne: Karen Rath, Cora Chimaras, Sylvia Benz, Roswitha Gratz-Mattauch; dahinter: Jörg Schuster, Jürgen Weiß, Michael de la Vigne, Susanne Pavkovic

GASTKOMMENTAR

Nach „modernem“ Vorschlag über 60 000 Euro weniger – „Danke, Herr Heesen!“

Nicht nur die GdP in Baden-Württemberg läuft Sturm gegen die massiven finanziellen Einbußen, die durch die Umsetzung des „Eckpunktepapiers“ möglich werden. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe einen Leitartikel des GdP-Landesvorsitzenden André Bunkowsky aus Hamburg.

An den aufgeführten Beispielen wird deutlich, wie stark unser Dienstherr in unseren Geldbeutel greifen kann.

Wir danken dem Landesvorsitzenden aus Hamburg für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks. Wosch

Im November 2004 stellten Bundesinnenminister Otto Schily, DBB-Chef Peter Heesen und ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske den Medien ihr „Eckpunktepapier“ vor. In der breiten Öffentlichkeit konnte der Eindruck entstehen, dass sich damals die „großen Modernisierer des überholten Beamtentums“ präsentierten. Nach monatelangen Querelen auch in den eigenen Reihen scheint nunmehr klar, dass Triebfeder für dies beamtenpolitische Ungeheuer alleinig Machtgier und Geltungsdrang gewesen sein dürften und einen riesigen finanziellen Schaden für alle Beamten hervorrufen wird! So hat Bsirske mit diesem Coup versucht, seine Machtposition für den Bereich des öffentlichen Dienstes auf Kosten des DGB und besonders der Einzelgewerkschaften GEW und GdP mit Brauchialgewalt zu verbessern; ähnlich rücksichtslos aus alleiniger Erhaltungsinteresse heraus Heesen für den DBB.

Nur eine Kröte?

Anfängliches Entsetzen in den Einzelorganisationen des DBB wurde leider nicht in (begründete) fachliche Gegenposition ausgebaut, sondern im Lichte der ach so wichtigen Solidarität als bittere und fette Kröte geschluckt. Soll heißen, dass auch die anfangs von vielen Verantwortlichen der DPoIG zu Recht geäußerte Kritik insbesondere an der angestrebten „Leistungsbezahlung“ von Beamten nicht durchgehalten und letztlich doch zustimmend mit abgestimmt wurde. Allein die anhaltende Kritik des BDK auf Bundesebene reichte aus, um vom machtbesessenen DBB-Vorsitzenden Peter Heesen mit der tarifpolitischen Verbannung gehandelt zu werden, wie schnell im „Spiegel“

zu lesen war. Die GdP hat von Anfang an ihre äußerst kritische und ablehnende Position deutlich gemacht ...

Doch was bedeutet eigentlich die Umsetzung – so sie denn kommt – konkret im Geldbeutel unserer Kolleginnen und Kollegen?

Ganz klar: Massive finanzielle Einbußen im fünfstelligen Bereich!!!

Warum? Die bisher bewährten Dienstaltersstufen sollen gemäß Zielsetzung Eckpunktepapier durch „Einführung eines leistungs- und funktionsorientierten Laufbahn- und Bezahlungssystems“ ersetzt werden. D. h. anstelle der zwei-, drei- u. vierjährig abgestuften Steigerungen, die eine sichere und regel-

mäßige Gehaltsverbesserung gewährleisteten, sollen nun drei Erfahrungsstufen treten, nach fünf, zehn und nach 20 Dienstjahren. Darüber hinaus sollen nur noch die Beamten mit mehr Geld belohnt werden, die durch besondere Leistung hervortreten (was natürlich durch alle anderen finanziert werden soll!). Dabei wird zwar betont, dass durch Einführung des neuen Systems niemand weniger als heute verdient, aber das entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als glatte Täuschung wider besseres Wissen!

Beispiele gefällig?

Ein 42-jähriger EPHK befindet sich derzeit in der Dienstaltersstufe (DAST) 9 und hat ein Grundgehalt von 3637,04 €. Mit diesem Einkommen würde er – sofern das Versprechen umgesetzt wird – „niemand erhält weniger“ – in die neue Tabelle eingestuft werden. Handelt es sich um einen durchschnittlichen Beamten, so erhält dieser die 3637,04 € unverändert bis zu seinem Pensionsalter, das hier trotz anderer Entwicklungen noch mit 60 kalkuliert wird.

Bis dahin hätte der EPHK also noch 18 Dienstjahre vor sich. $3637,04 \text{ €} \times 12 \text{ Monate} = 43\,644,48 \text{ €}$ mal 18 Jahre = 785 600,64 € (ohne eventuelles Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld)! Ein stolzes Sümmchen!

Doch was hätte er nach dem alten Modell erhalten? $3637,04 \text{ €} \times 12 \text{ Monate} = 43\,644,48 \text{ €}$ mal 3 Jahre = 130 933,44 €. Dann DAST 10 (45 J.), neues Grundgehalt 3731,55 € mal 12 Monate = 44 778,60 € x 4 Jahre = 179 114,40 €. Jetzt DAST 11 (der Kollege ist nun 49), Grundgehalt 3826,07 € x 12 Monate = 45 912,84 € x 4 Jahre = 183 651,36 €.

Letztlich DAST 12 (53 J.), Grundgehalt 3920,58 € x 12 = 47 046,96 € x 7 = 329 328,72 €.

Macht zusammen: 823 027,92 €! Der EPHK hat also nach 18 Jahren aufgrund des neuen „zukunftsorientierten“ Zahlungssystems eine „lächerlich kleine Einbuße“ von 37 427,28 € zu beklagen!!!

Eine gleichalte Hauptkommissarin A 11 verdient nach alter Regelung in dieser Zeit 669 990,48 €, nach neuer 640 917,36 €, also 29 073,12 € weniger! Und für den Hauptmeister, der ja ohnehin schon weniger erhält, sind es immer noch 17 989,44 € weniger! Dazu kommen noch die jeweiligen



André Bunkowsky

Abschläge beim Weihnachtsgeld (insg. ca. 1000 €–1500 € je nach Besoldungsgruppe). Ach ja: Natürlich sollen mit dem neuen Besoldungssystem auch so „ungerechte“ Regelungen wie der Familienzuschlag gestrichen werden! Irgendwie muss das Leistungssystem ja schließlich finanziert werden. Das wäre dann bei einer Höhe von 105,28 € die „lächerliche“ Summe von zusätzlich 22 740,48 €, die in unseren Beispielrechnungen noch addiert werden müsste!!! **So kommt der EPHK auf einen Verlust von über 61 000 €, die PHKIn auf rund 53 000 € und der Hauptmeister auf rund 41 000 €!!!** Und Herr Heesen? Bezeichnet das geplante Gesetz erst kürzlich als angemessen und richtig. Ich sage nur:

DANKE, Herr Heesen, Danke an ver.di und den DBB für eine völlig verirrte, machtpolitisch begründete Preisgabe der Beamtenbesoldung.

André Bunkowsky,
Landesvorsitzender

12. GdP-Jugendfreizeit in Markelfingen am Bodensee

Irgendwie hatte sie kaum angefangen, war sie auch schon wieder zu Ende, die 12. GdP-Jugendfreizeit in Markelfingen am Bodensee. Wie immer sind am Freitag, 29. 7. 2005, 120 Kinder, größtenteils von ihren Eltern oder mit dem Bus gebracht, im Ferien-camp angekommen.

Nach dem Anmelden erhielten die Kinder ihr eigenes Jugendfreizeit-T-Shirt und wurden ihren Gruppen zugeteilt.

Somit waren alle gerüstet, um am vielseitigen Programm teilnehmen zu können. Vom Kinotag, Discoabend, Spielabend, dem Fußball- und Tischtennisturnier, Lagerfeuer, den verschiedenen Arbeitskreisen bis hin zu einer Vorführung der Kollegen der Hundeführerstaffel der PD Konstanz war für jeden Teilnehmer etwas dabei.

Ein ganz besonderes Highlight war unser Ausflug am Montag nach Immenstaad am Bodensee, um den dortigen Abenteuer-Kletterpark zu besuchen.

Nachdem alle Kinder und Betreuer mit Helm und Sicherungsgurt ausgestattet und wir vor Ort von dem dortigen Personal eingewiesen wurden, kletterten wir mit Lust und Laune durch die verschiedenen Schwierigkeitsgrade des Parks.

Nach Überwindung und den ersten Schritten auf dem ungewohnten Terrain, war es für alle Beteiligten ein unvergesslicher Ausflug, über den wir zu Hause sicherlich noch viel erzählen werden. Nach fünf Stunden Abenteuer konnten wir dann alle gesund und munter wieder die Heimreise ins Jugendcamp antreten.

Mit einem sensationellen Abschlussabend wurde dann auch wieder die 12. GdP-Jugendfreizeit beendet.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Teilnehmern und deren Eltern für ihr Vertrauen sowie bei all denjenigen, die diese Freizeit ermöglicht haben, von Herzen bedanken.

Leider haben aber immer noch nicht alle Dienststellen, wenn



Holland hat Ausflug!!!!!!

auch nur sehr vereinzelt, den gesellschaftlichen Weitblick dieser Jugendfreizeit verstanden und legen dem einen oder anderen Betreuer immer wieder Steine bei der Beantragung ihres Sonderurlaubs für diese Veranstaltung in den Weg.

Ich bitte daher die entsprechenden dienstlichen Stellen einmal wieder die Empfehlung des Staatssekretärs des Ministeriums für Kultus und Sport Baden Württemberg zu studieren und nach dieser zu handeln.

Deshalb an all diejenigen Dienststellen und Dienstvorgesetzten ein herzliches Dankeschön, die für den reibungslosen Ablauf der Sonderurlaubs-gesuche sorgen.

Es gibt nicht nur Computer und Fernsehen mit „gute Zeiten schlechte Zeiten“, es gibt Gott sei Dank auch noch Freizeiten, die aber letztendlich doch betreut werden müssen.

**Ralf Breitenberger
stellv. Landesjugend-
vorsitzender**

**Wichtiger Hinweis:
bitte vormerken!!!**

Die 13. GdP-Kinder- und Jugendfreizeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) wird im kommenden Jahr vom 2.-9. September 2006 stattfinden. Nähere Informationen erfolgen rechtzeitig. wosch



Die Betreuer der Jugendfreizeit

BEITRAGSBESCHEINIGUNGEN ÜBER GELEISTETE MITGLIEDS- BEITRÄGE IM JAHR 2005

Beitragsbescheinigungen über geleistete Mitgliedsbeiträge im Jahr 2005 bitte direkt bei der zuständigen GdP-Kreisgruppe anfordern!

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „**Februar 2006**“ ist Montag, der **9. Januar 2006** und für die „**März-Ausgabe 2006**“ Montag, der **6. Februar 2006**.

LEBENSMITTELKONTROLLEN

GdP schreibt an Ministerpräsident Günther Oettinger

Stuttgart. Nach Bekanntwerden des Skandals um den Handel mit verdorbenen Fleischprodukten hat der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider einen Brief an den Ministerpräsidenten Günther Oettinger geschrieben, in dem er unseren Ministerpräsidenten auffordert, die WKD-Dienststellen im Land wieder neu zu organisieren. Schneider weiter: „Noch ist das ‚Know-how‘ bei den in die unteren Verwaltungsbehörden abgeordneten Polizeibeamtinnen/-beamten vorhanden. Somit bestünde noch eine Chance, einen Fehler der Verwaltungsreform ohne großen Schaden zu reparieren.“ Nachfolgend veröffentlichten wir den Brief an den Ministerpräsidenten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
wie Sie sicher wissen, hat sich die Gewerkschaft der Polizei im Zusammenhang mit der Verwal-

tungsreform mit guten Gründen für den Erhalt des Wirtschaftskontrolldienstes bei der Polizei des Landes stark gemacht. Damals leider ohne Erfolg.

Um auf die Gefahren hinzuweisen, die nach unserer Einschätzung mit der Verlagerung der Lebensmittelkontrollen in die unteren Verwaltungsbehörden verbunden sind, haben Sie im März 2004 als damaliger Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion sicher auch eine Reihe von Postkarten von betroffenen WKD-Beamten erhalten. Darüber hinaus haben Sie, wie alle anderen Abgeordneten auch, einen Brief der GdP erhalten, der u. a. folgende Textpassage zum Inhalt hatte:

„Wenn Sie demnächst Ihre Zustimmung zum Verwaltungsstruktur-Reformgesetz erteilen sollten, tragen Sie persönlich für folgende Punkte die Mitverantwortung!

2. Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Fleischhygiene-gesetzes

§ 2 mit der Zuständigkeitsregelung für die Durchführung der Überwachung durch Beamte des Polizeivollzugsdienstes, die die fachlichen Anforderungen für

Fleischkontrolleure erfüllen, wird aufgehoben.

Sie persönlich sind dann mitverantwortlich, dass Polizeibeamte nicht mehr das Recht und den gesetzlichen Auftrag haben, Metzgereien, Schlachthöfe und industrielle Erzeuger zu kontrollieren und dahingehend zu überwachen, ob da immer alles mit rechten Dingen zugeht.

Erklären Sie das einmal nur Ihrer Familie, nicht auch noch Ihren Wählern, besonders beim nächsten BSE-Fall.“

Inzwischen gibt es zwar keine neuen BSE-Fälle, dafür aber einen handfesten Skandal um den Handel mit verdorbenen Fleischprodukten, der inzwischen auch Baden-Württemberg erreicht hat.

Diese Verdachtsfälle erhärten den Verdacht, dass sich auch im Bereich der Lebensmittelindustrie „kriminelle Vereinigungen“ gebildet haben. Kriminelles Handeln muss aber vorrangig von der Polizei bekämpft werden. Mit den Strukturen einer kommunalisierten Lebensmittelüberwachung ist dies offenkundig nicht möglich. Diesen Standpunkt vertreten inzwischen auch renommierte Verbraucherschutzorganisationen.

Diese Einsicht teilt inzwischen wohl auch Bundesverbraucher-schutzminister Horst Seehofer (CSU). „Je stärker man kontrolliert, um so mehr Fälle werden gefunden“, so wird Herr Seehofer in den Medien zitiert. Der Minister forderte deshalb intensivere und qualifiziertere Kontrollen. Für die Bundesregierung bekräftigte er: „Wir wollen mit Volldampf und Nachdruck diesen gewissenlosen und kriminellen Geschäftemachern das Handwerk legen.“ Zugleich warnte er vor Einsparungen bei der Lebensmittelkontrolle.

Wir empfehlen Ihnen deshalb, einen groben Fehler der Verwaltungsreform möglichst schnell rückgängig zu machen. Angesichts der aktuellen Fleischskandale und einer verschärften Lage im Zusammenhang mit den Gefahren der Vogelgrippe müssen die WKD-Dienststellen in Baden-Württemberg wieder neu organisiert werden. Nur dadurch sind die von Herrn Seehofer geforderten intensiveren und vor allem qualifizierteren Kontrollen möglich. Noch ist das „Know-how“ bei den in die unteren Verwaltungsbehörden abgeordneten Polizeibeamtinnen und -beamten vorhanden. Somit besteht derzeit noch die Chance, einen Fehler der Verwaltungsreform ohne großen Schaden zu reparieren.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Schneider
Landesvorsitzender

Landespolizeipräsident a. D. Dr. Alfred Stümper schrieb am 2. 4. 2003 in den Stuttgarter Nachrichten:

„Ich plädiere auch dafür, den Wirtschaftskontrolldienst bei der Polizei zu belassen, weil das organisierte Verbrechen sich zunehmend auch auf dem Lebensmittelsektor einnistet und so polizeiliches Wissen über solche kriminelle Strukturen in der täglichen Arbeit nahezu unverzichtbar ist. Der WKD in Baden-Württemberg genießt bundesweit großes Ansehen, gerade weil er frühzeitig auf internationale kriminelle Machenschaften

auf dem Lebensmittelsektor hingewiesen hat. Es ist ferner zu fragen, inwieweit bei einer kommunalen Ansiedlung des WKD nicht der zu Kontrollierende selbst zum Kontrolleur wird – auch auf Grund örtlicher Verflechtungen. Es entspricht modernem organisatorischem Denken, Verantwortlichkeiten nur dort zu zentralisieren, wo dies notwendig ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, ob die Entscheidungen eine Abstimmung der Mitverantwortlichen erlauben oder sofort erfolgen müssen. Für operative Führungsentscheidungen gilt Letzteres. Oft entscheidet der

erste Angriff über Erfolg oder Misserfolg. Insoweit wäre eine Einbindung operativer polizeilicher Entscheidungen in sonstige Verwaltungseinheiten Gift. Es wäre ferner eine Illusion, zu glauben, man könne das operative Geschäft vom administrativen trennen. Die Querverbindungen sind zu stark. Im Übrigen ermöglichen es moderne Informations- und Kommunikationstechniken im administrativen Bereich, verschiedene Arbeitsebenen zu verbinden, ohne dass man organisatorische Wasserköpfe schaffen müsste.“

Wie recht er doch hatte!!!!!!!!!!!!

Anzeige

Beamten-Witwe!

54 J., blond, hübsch, jugendlicher Typ, vielseitig interessiert, lieb und nett, möchte netten Ihn mit Herz und Humor kennenlernen.

Zuschriften an den Verlag:
VDP-AV 691331-1
Pf 309, 40703 Hilden

Familiengerechte Gestaltung der Arbeitszeit

Stuttgart. Die GdP Baden-Württemberg hat an den Ministerpräsidenten des Landes Günther Oettinger geschrieben und ihn aufgefordert, die Kinderbetreuung von Polizeibeamtinnen/-beamten des Landes nicht durch unflexible Anwendung des Landesbeamtengesetzes zu verschlechtern, sondern auch in schwierigen Zeiten die Betreuung von Kindern durch ihre Eltern vor die Durchsetzung von haushaltsrechtlichen Gründen zu stellen.

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus diesem Brief.

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in Ihrer Regierungserklärung vom 9. 11. 2005 legen Sie im Detail dar, wie zukünftig in dem „Kinderland Baden-Württemberg“ Vorschulkinder gezielt gefördert werden sollen. Dazu haben Sie das Konzept „Schulreifes Kind“ aufgelegt.

Diese Initiative wird auch von der Gewerkschaft der Polizei begrüßt. Wir würden uns aber auch wünschen, dass das Gedankengut, das dem „Kinderland Baden-Württemberg“ zu Grunde liegt, auch auf die Beschäftigten des Landes Baden-Württemberg Anwendung findet.

Die Beschäftigten des Landes Baden-Württemberg, die sich im Beamtenverhältnis befinden, unterliegen dem Landesbeamtengesetz. Dieses Gesetz wurde im Jahre 2004 novelliert. In Teilbereichen der Landesverwaltung, insbesondere in den Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg und den angegliederten Polizeidienststellen führt diese Novellierung zu einer eklatanten Verschlechterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die im § 152 LBG eingefügte Ergänzung:

„(3) Die Bewilligung von Teilzeitbeschäftigungen nach §§ 153e bis 153g kann aus dienstlichen Gründen von einem bestimmten

Umfang der Teilzeitbeschäftigung und von einer bestimmten Festlegung der Verteilung der Arbeitszeit abhängig gemacht werden. Eine Festlegung der Verteilung der Arbeitszeit darf bei Teilzeitbeschäftigten nach § 153e nicht dem Zwecke der Bewilligung zuwiderlaufen.“

führt dazu, dass Teilzeitbeschäftigten, die überwiegend aus familiären Gründen beantragt werden, nicht mehr in einem familien- und kinderbetreuungsfreundlichen Umfang gewährt werden, sondern aus haushaltsrechtlichen Gründen nur noch in einem Umfang von 50% bzw. 75% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von vollbeschäftigten Beamten.

Diese neue Bestimmung findet auch dann Anwendung, wenn die Teilzeitbeschäftigung in einem anderen Umfang (z. B. 60% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit) in der Vergangenheit bereits genehmigt wurde und die Familie ihre Betreuungsmodelle daraufhin ausgerichtet hat. Läuft nun die befristet genehmigte Teilzeitbeschäftigung aus, wird die Antragstellerin gezwungen, sich

zwischen 50% oder 75% Teilzeitarbeit zu entscheiden. Dass dieser Zwang für die Familie von einer bedarfsgerechten Teilzeit, bezüglich möglicher Betreuungsmodelle und finanziellem Spielraum, auf ein dienststellenorientiertes Teilzeitmodell umzustellen, zu Lasten der Familie und der Kinder geht, dürfte allen klar sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Namen der Kolleginnen und Kollegen im Polizeibereich möchte ich Sie bitten, die Kinderbetreuung von Beschäftigten des Landes Baden-Württemberg nicht durch unflexible Anwendungen des Landesbeamtengesetzes zu verschlechtern, sondern auch in schwierigen Zeiten die Betreuung von Kindern durch ihre Eltern vor die Durchsetzung von haushaltsrechtlichen Gründen zu stellen.

Dies würde auch dem am 22. Oktober in Kraft getretenen Chancengleichheitsgesetz, das ausdrücklich die Verbesserung in diesem Bereich vorsieht, widersprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Schneider
Landesvorsitzender

KREISGRUPPEN BERICHTEN

Hartnäckigkeit zahlt sich aus!

GdP-Tarifveranstaltung der Kreisgruppe Mosbach

Mosbach. Aufgrund der GdP-Tarifinfo 11/2005 vom 5. 7. 2005 mit der Überschrift **Hartnäckigkeit zahlt sich aus: GdP erreicht Lösung bei befristeten Arbeitsverträgen nach SR 2y BAT!**

erhielten wir verschiedene Anfragen zu dieser Sonderregelung.

Diese Verunsicherung im Kreis der Tarifbeschäftigten veranlasste die GdP Kreisgruppe, eine Veranstaltung für alle Beschäftigte aus dem Tarifbereich der PD Mosbach zu organisieren.

Mit Christina Falk konnte eine profunde Kennerin der Materie als Referentin gewonnen werden.

Am 21. September 2005 um 16.30 Uhr konnte der Vorsitzende 32 von insgesamt 44 Tarifbeschäftigten der PD Mosbach herzlich willkommen heißen.

Gespannt lauschten die Anwesenden der Präsentation von Christina Falk zu den Themen

- Neuer Tarifvertrag im öffentlichen Dienst
- Altersteilzeit

- Befristete Arbeitsverträge nach SR 2y BAT

Nach fast 2,5 Stunden Konzentration bei Kaffee und Kuchen

bedankten sich Jutta Speth und Karlheinz Herzog bei Christina Falk mit einem Blumenstrauß für ihre Ausführungen. **CH**



Es wurde auch heiß diskutiert. Unser Bild zeigt die große Teilnehmerzahl der Tarifveranstaltung.

Neuer Partner des Sozialwerks der Polizei



Nicklas-Hauser

Vertriebsgruppe · Obere Ortstr. 1 a · 79539 Lörrach
Tel. 07621/12822 · Fax 07621/13415
www.visor-lite.de · info@nicklas-elektro.de



Das Unternehmen verkauft Taschenlampen, Stirnlampen, Helmlampen und z.B. speziell für den Polizeidienst entwickelte Lösungen, wie eine Taschenlampe, die an der Schulterklappe befestigt werden kann, damit beide Hände frei sind.

Nachlass für Kundenkartenbesitzer: 15 %



Sozialwerk der Polizei GmbH

Baden-Württemberg · Maybachstraße 2 · 71735 Eberdingen-Hochdorf · Telefon 07042-879-0 · Telefax 07042-879211
www.sozialwerk-bw.de · info@sozialwerk-bw.de

Südafrika-Highlights

13-tägige Rundreise · Mit Qatar Airways ab/bis Frankfurt



Diese Reise vermittelt Ihnen in kurzer Zeit die unvergleichliche Vielfalt Südafrikas sowie die Höhepunkte am schönsten Ende der Welt. Das echte afrikanische Naturerlebnis im Krüger Nationalpark und weitere landschaftliche Höhepunkte Südafrikas entlang der Panorama-

Route. Lassen Sie sich von der faszinierenden Metropole Kapstadt bezaubern und genießen Sie die wunderschöne Kap-Halbinsel mit den herrlichen Weinanbaugebieten und das Kap der Guten Hoffnung.

Abflugtermine: 21. Febr. 2006 · 23. Mai 2006 · 12. Sept. 2006 · Weitere Termine auf Anfrage

Reisepreis pro Person im DZ **ab 1.495 Euro**

Reiseverlauf:

- 1.Tag: Deutschland – Johannesburg
- 2.Tag: Johannesburg – Pretoria
- 3.Tag: Pretoria – Graskop
- 4.Tag: Graskop – Krüger Nationalpark
- 5.Tag: Krüger Nationalpark
- 6.Tag: Krügerpark – Swaziland
- 7.Tag: Swaziland – Kapstadt
- 8.–11. Tag: Kapstadt
12. Tag: Kapstadt – Deutschland
13. Tag: Deutschland

**Fordern Sie unsere
auführlichen
Unterlagen an.**



JH Kreisgruppe Göppingen



Nein zur 40-Stunden-Woche und Abbau von Arbeitsplätzen. 8000 bis 10 000 Beschäftigte der Landeshauptstadt Stuttgart demonstrierten am 5. Dezember 2005 in Stuttgart. Vor Demobeginn gab es Brezeln und Würstle im Gewerkschaftshaus des DGB. Das Bild zeigt die Demo-Teilnehmer der Kreisgruppe AfÖO Stuttgart mit der stellvertr. Landesvorsitzenden Christina Falk vorne links.

TERMINE

Einladung

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Freiburg – Landespolizeidirektion – findet am Donnerstag, dem 19. Januar 2006, 17.00 Uhr, in der Cafeteria der Landespolizeidirektion Freiburg, Bissierstraße 1, 79114 Freiburg i.Br., statt.

Neben aktuellen Informationen ist die Ehrung langjähriger Mitglieder der Kreisgruppe vorgesehen.

Erstmalig wird der Jahreshauptversammlung eine Seniorenversammlung vorhergehen, die bereits um 15.30 Uhr beginnt.

Alle Mitglieder und Gäste der Kreisgruppe Freiburg – LPD – sind zu den Versammlungen herzlich eingeladen. **Wosch**

Am Dienstag, dem 22. November 2005, gegen 19.30 Uhr, fand im „Heininger Hof“ die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Göppingen PD statt. Im kleinen Kreis wurde der Rechenschaftsbericht des KG-Vorsitzenden Helmut Schleider und der Kassenbericht des Kassierers Bernd Sauerbeck zur Kenntnis genommen. Im Anschluss daran referierte Wolfgang Schmidt. In deutlicher und klarer

Weise sprach er die derzeitige Situation aller Polizeibeschäftigten an, wobei er auch deutliche Worte im Hinblick auf weitere Zukunftsperspektiven fand.

Nach den Ehrungen für 50-, 40- und 25-jährige Mitgliedschaft wurde noch heftig und auch sehr kritisch diskutiert, bevor man den Abend dann doch in gemütlicher Runde abschloss.

Helmut Schleider



Unser Bild zeigt die Geehrten v. l. n. r.: Wolfgang Doehl (25 Jahre), Martin Vonier (40 Jahre), Wilfried Maier (50 Jahre), Wolfgang Schmidt und Helmut Schleider